Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 sgr.,
mit Botenlohn 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 thlr. 11 sgr. 6 pf.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung,
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 sgr.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

No. 66. Freitag, den 8. Februar. 1856.

Orientalische Frage.

Frankfurt a. M., Donnerstag, 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die österreichische Vorlage in der orientalischen Angelegenheit ist in heutiger Sitzung des Bundestages zum Vortrage gekommen. Sie wurde ohne spezielle Discussion an die Ausschüsse verwiesen.

Aus Berlin wird den „Hamb. Nachr." telegraphirt: „Die deutschen Mittelstaaten beabsichtigen ein Zwiefaches: einerseits wollen sie in Frankfurt den fünften Punkt der österreichischen Friedensbedingungen nur eventuell unter Vorbehalten annehmen, zum Andern wollen sie die Vertretung des Bundes als solchen auf den Pariser Konferenzen. Der erstere Punkt begegnet beim hiesigen Kabinet keinem Widerspruche."

Die französischen Korrespondenzen aus Konstantinopel vom 24. Januar enthalten zahlreiche Details über die Reformprojekte in Betreff der Stellung der christlichen Bevölkerung, welche damals berathen wurden. Es handelte sich noch nicht um Spezialgesetze, sondern um ein Programm der Grundsätze, welche für den späteren Erlaß derselben maßgebend sein sollen. Die Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs haben ein solches Projekt aufgestellt, welches 23 Artikel enthält und Alles umfaßt, was diese Mächte für nöthig erachten. Aali Pascha und Fuad Pascha haben sich in den vorhergegangenen Konferenzen zur Durchführung dieses Projekts verpflichtet, und man glaubt auch die übrigen Minister, selbst Mehemed Ali, demselben geneigt. Es sollte am 24. dem großen Divan und dem Scheik-ul-Islam vorgelegt werden, und man erwartete hier Widerstand und mannigfache Intriguen, ohne doch an einem schließlichen Ergebniß zu zweifeln. Am anstößigsten ist ein Artikel, welcher vollständige Gewissensfreiheit verkündet, so daß auch der Uebertritt vom Islam zum Christenthum, der bisher als Hochverrath mit dem Tode bestraft wurde, freistehen würde. Die Christen werden zu allen öffentlichen Aemtern zugelassen. Man hofft die Rekrutirung derselben, die sich bisher nicht praktisch durchführbar zeigte, durch die neuen Zugeständnisse möglich zu machen. Andere Artikel betreffen die Reformen des Gerichtswesens, der Gemeindeverfassung, des Steuerwesens. Die hier aufgestellten Prinzipien sollen so durchgreifend sein, daß sie den bisherigen Charakter des türkischen Staates vollständig ändern würden. Die Frage ist allerdings, ob die Spezialgesetzgebung durchführbar sein wird, die auf dies Programm gegründet werden soll.

Nach den neuesten Nachrichten glaubt sich der muselmännische Klerus durch die im Werke begriffene Reform des Gerichtswesens, welche ihm das Recht entzieht, über die Unterthanen des Sultans zu Gericht zu sitzen, in seiner Macht gekränkt, und es ist deshalb aus Vorsorge bereits beantragt, daß sowohl die Donaufürstenthümer, als auch ein Theil der slavischen Eyalete durch österreichische und westmächtliche Truppen so lange besetzt bleiben sollen, bis die nothwendigen Reformen in der Organisation und Verwaltung der Türkei vollständig durchgeführt sein werden. Wir hören, daß es im Vorschlage ist, 10,000 Mann von jeder Macht als Besatzungstruppen im Lande zu lassen.

Nach Korrespondenzen der Pariser „Presse" aus der Krim erwartete man am 12. Januar noch einen neuen Angriff der Russen auf die vorgeschobene französische Division im Baidarthale. Am 11. wurde deshalb des Abends spät die ganze Armee bei Sebastopol alarmirt. 8 Divisionen Franzosen und 2 Divisionen Sarden erhielten Befehl, sich bereit zu halten, um sofort auszurücken. Man wartete die ganze Nacht, der Feind erschien jedoch nicht.

Deutschland.

§§ **Berlin,** 7. Februar. Die heutige 22. Sitzung des Abgeordnetenhauses, welche zur Berathung über den Antrag des Grafen Schwerin in Betreff der letzten Wahlen führte, war unstreitig eine der interessantesten, welche je in diesem Hause stattgefunden hat.

Den Kommissions-Bericht, welcher bekanntlich mit der Empfehlung des Ueberganges zur einfachen Tages-Ordnung schließt und von Herrn Heyse erstattet ist, habe ich Ihnen in seinen interessanten Einzelheiten zur Zeit mitgetheilt. Es war demnach kaum zu erwarten, daß die Verhandlung im Plenum eine solche Ausdehnung gewinnen würde, denn trotz einer sechsstündigen Debatte, ist man mit der Erledigung der Frage noch nicht zur Hälfte gediehen; von den 16 Rednern, welche sich gemeldet hatten, haben erst 6 gesprochen, von denen 3 den Zeitraum einer Stunde weit überschritten. Der Ausspruch des Grafen Schwerin der Rechten gegenüber: Sie haben die Majorität, wir haben die Tribünen und werden von unserem Rechte Gebrauch machen, ist zur vollsten Wahrheit geworden; die Linke hat dem Hause und dem Lande gegenüber ihre rückhaltlose Meinung gesagt, und ich sollte meinen, die ganze Diskussion müsse im Lande den besten Eindruck hervorbringen, denn trotz der jedenfalls geschickten Rede des Regierungskommissars erhält das Land einen wahren und unverfälschten Begriff von der Bedeutung des verfassungsmäßigen Lebens und der Anschauung der Rechten, wenn schon diese Aufschlüsse nicht eben erheiternder Natur sind!

Die Sitzung wird um 11½ Uhr durch den Präsidenten Grafen zu Eulenburg eröffnet. Am Ministertisch sind anwesend: die Herren v. Manteuffel I. und II., Simons, v. Westphalen, Graf v. Waldersee, v. Bodelschwingh und zwei Regierungs-Kommissarien. Die Tribünen sind sämmtlich überfüllt, Kopf an Kopf stehen die Zuhörer, unter denen ein glänzender Damenkreis, und bleiben bis zum Schluß auf ihren Plätzen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung und nochmaliger Abstimmung über bereits angenommene Anträge, giebt der Berichterstatter Herr Heyse einige Erläuterungen zu dem Standpunkt der Kommission. Herr v. Eynern hat die motivirte Tages-Ordnung beantragt und findet sehr zahlreiche Unterstützung. Gegen die Tages-Ordnung spricht zunächst Herr Reichensperger (Geldern) in fast zweistündiger Rede. Der Redner bemerkt: Der Antrag selbst sei von der Kommission gar nicht richtig angesehen worden und deshalb habe sie nicht überall die richtige Würdigung eintreten lassen können. Auf den Erfolg einer ungebührlichen Einwirkung der Staatsregierungs-Organe komme es gar nicht an, sondern schon auf den Versuch. Eine Untersuchung, wie sie der Antrag fordere, scheine aber nicht zu beseitigen, zumal ungebührliche Einwirkungen doch versucht worden seien. Es liege aber ein authentisches Dokument vor, wodurch den Beamten Betreffs der Wahlen mit Disziplinar-Untersuchung gedroht worden. Das Haus stehe hier nicht als Richter, sondern als Aufrechterhalter der Anklage und Hüter der Freiheit der Wahlen. Werde die Untersuchung abgelehnt, so werde man im Lande sagen können: es sei nicht etwas, sondern viel faul im Staate.

Es sei nicht gleichgültig, welche Stellung dies Haus zu der Frage einnehme, es dürfe nicht als ein Gaukelspiel, nicht als Organ der Regierung betrachtet werden. Nachdem der Redner die Stellung der Beamten zur Verfassung beleuchtet, führt er aus, wie die Linke stets nur das konservative Element unterstützt habe. Wenn man, schließt der Redner, politisch Bekehrte besonders gut stelle, so möge man doch darauf achten, ob die Bekehrten auch Opfer gebracht haben, in diesen Führern würde man allerdings nur wenig Bekehrte finden, aber jedenfalls bessere! Der Redner möchte nun wissen, ob die Bekehrungen bei den letzten Wahlen durch Opfer erkauft wurden. Im Lande habe man überall die Frage gehört, was nützen die Kammern, was die Verfassung? Die Minister thäten ja doch was sie wollten. Das sei eine Sprache, die des preußischen Volks nicht würdig sei. Was läge hinter einer Antwort auf diese Frage? Nicht ein allgemeiner vereinigter Landtag, sondern etwas Schlimmeres, was Gott von uns fern halten werde. Wenn die Rechte die Majorität habe, so möge sie doch die Minerva zeigen, die aus ihren Köpfen hervorgegangen. (Gelächter links.) In dem einen Gedanken stimmen wir Alle zusammen, hüten wir uns vor dem wundesten Schaden der Zeit: der Corruption. Zeigen wir dem Lande, daß wir eine freie, eine reine Landesvertretung haben, und keine beschränkte wollen. (Beifall links.)

Sehr ergötzlich nehmen sich hierauf die Ausführungen des Herrn v. Zedlitz-Leipe aus, welche nichts wunderbarer erscheinen lassen, als den Umstand, daß der genannte Herr ein Mandat als konstitutioneller Abgeordneter in einer doch jedenfalls konstitutionellen Kammer übernommen hat. Derselbe bemerkt: Die Linke habe gewußt, daß der Antrag ein todtgeborenes Kind sei; wenn man ihn deshalb doch eingebracht habe, so habe man dies gethan, um in gewohnter Weise gegen das Ministerium, gegen die Behörden zu sprechen und diese zu verdächtigen (Bravo rechts), oder um den neuen Mitgliedern der Linken zu zeigen, „wie man das hier so mache". (Gelächter links.) Dies könne nicht zum Heil des Landes gereichen. Der Redner habe schon früher seine Abneigung gegen die Verfassung offen ausgesprochen, er habe viele Freunde, die seine Meinung theilen, aber doch mit ihm die Verfassung aufrecht erhalten wollten, weil sie ihr eine gute Seite abgewonnen. Wenn aber unter dem Schutze der Verfassung solche Anträge, wie der des Grafen Schwerin, welcher lebhaft an das „Rebellionsjahr 1848 erinnere", eingebracht, Reden von der Tribüne dieses Hauses gehalten werden könnten, welche es sich zur Aufgabe machten, die Regierung Sr. Maj. des Königs und dessen Behörden zu verdächtigen (Getöse links und Ruf: herunter! rechts Bravo), so würde seine Partei wünschen, daß der Baum der Verfassung vertrockne! Man möge den Antrag verwerfen.

Nachdem darauf Herr v. Bardeleben mit statistischen Angaben gegen die Vergrößerung und Zerstückelung der Wahlbezirke gesprochen, nimmt Herr v. Blankenburg das Wort gegen den Antrag oder vielmehr zu einer Apotheose der Kreuzzeitungspartei. Dieser ehrenwerthe Abgeordnete — „und ehrenwerth sind sie Alle" — macht sich in Ton der Sprache und in Logik der Folgerungen zum Bundesgenossen der Herren Wagner und v. Gerlach, so daß Pommern für sich das Verdienst in Anspruch nehmen kann, dem Hause einen würdigen Dreibund zugeführt zu haben, der mindestens für die Erheiterung und Verwunderung des Hauses sorgt und vielleicht noch nach Jahren das Erstaunen der Nachwelt über konstitutionelle Begriffe und Auffassung der Zeichen der Zeit im Jahre 1856 wachrufen wird.

Hr. v. Blankenburg kann sich gar nicht erklären, wie man den Antrag habe stellen können. Er glaube, daß man, wie ein geschickter Fechter, einen Vorhieb habe führen wollen. Er begreife gar nicht, wie die 92 Mann der Linken, die sich so gern die getreue Opposition Sr. Maj. des Königs nennen, dazu kämen, ganz allein alle Maßnahmen der Regierung geißeln zu können. Es sei vielmehr zu beklagen, daß man im ganzen Lande, namentlich hier in der Hauptstadt, wo der Herr Antragsteller selbst drei Mal gewählt worden, im Sinne der Linken vielfach gewählt habe. Der Redner und seine Partei billigen nicht die Einmischung der Polizei in die Wahlen, aber diese Einmischung hätten sich die Agitatoren der Linken selbst zuzuschreiben. Der Patriotismus hätte verhindern müssen, daß hier Dinge aufgedeckt werden, welche besser in der Kommission abgethan werden konnten. Was nützten denn die langen Reden, die wir hier gehört haben, was hat das Land davon? Wer liest stenographische Berichte? Der Antragsteller hat einmal gefragt, warum wir ihn und seine Partei nicht königstreu nennen: Ja, den Gr. Schwerin, fährt der Redner fort, halte ich für so königstreu, daß ich glaube, er würde, wie sein großer Vorfahr bei Prag, erforderlichen Falles mit der Fahne in der Hand fallen. Allein mit der Person des Grafen Schwerin habe ich nichts gemein, sondern nur mit dem Führer der Partei, welche dem modernen Konstitutionalismus huldigt! Gegen den sind unsere Angriffe gerichtet. Ich spreche von den Tendenzen der liberalen Partei, von dem Standpunkte der Partei, welche Sie die Kreuzzeitungs-Partei nennen und die hier im Hause den Namen der Partei von Gerlach führt. Unsere Partei strebt stets nach dem Nordpol (Gelächter und Beifallsklatschen links.) Der Pol, nach dem Sie streben, hat Sie zurückgestoßen, jetzt sollten Sie sich von solchen Manövern, wie der jetzige Antrag ist, fern halten. Jetzt folgt das Kapitel von der Verdächtigung der Rechten, ohne daß etwas Neues hinzugefügt wird, als ein Excerpt aus der zu des Redners Bedauern verbotenen Schrift: „Die letzte Sitzung der Preußischen Kammern." Diese Schrift schließt mit Warnung des Volkes: die gefährlichen Männer der Partei von Gerlach nicht zu wählen, sondern die Männer der Linken. Die Antwort des Landes sei gewesen, daß die Linke von 120 Mitgliedern auf 20 reduzirt worden, daß die Partei von Gerlach von 20 zu 40 Mitgliedern gewachsen sei, das sei auch ein Zeichen der Zeit. Der Redner will nicht die Wahl aller Provinzen beleuchten, sondern nur von Pommern sprechen, der Provinz, welcher er und der Antragsteller angehört. Pommern habe 25 Abgeordnete gewählt, von denen nur Graf Schwerin und Hr. Kruse der Linken, 23 der äußersten Rechten angehörten, dabei seien nur vier Richter und ein Landrath. In Pommern sei noch ein junkerliches Element, ein Element, das sich stets für Recht und Ordnung aufwerfe, und das er mit dem Grafen Schwerin nicht über Bord geworfen zu sehen wünscht. Hr. v. Gerlach habe von 400 Stimmen alle bis auf 18 erhalten. Keine Wahl sei so eine Parteiwahl, wie die des Grafen Schwerin, und beweise zur Genüge, daß die Regierung die Wahlen nicht beeinträchtigt habe. Der Antragsteller sei nicht von seinen Standesgenossen gewählt worden; dies und der Umstand, daß er mit genauer Noth die Majorität erlangt habe, müsse dem Grafen unangenehm sein, und er hätte daher allen Grund gehabt, solche Anträge nicht einzubringen.

Hr. Matthis: Ich will nur wenige Worte sagen, da der Vorredner sehr viel sich mit der Gerlach'schen Partei und sehr wenig mit der Sache beschäftigt hat. Der Vorredner hat nicht verdächtigen wollen, allein seine Rede hat mit Verdächtigungen begonnen und mit Verdächtigungen geschlossen. Der Antrag ist nicht gestellt, um unsere Niederlagen zu verdecken, sondern um dem Schrei der Entrüstung Worte zu leihen, welcher durch das ganze Land geht. Zur Sache selbst führe ich ein Reskript des Landraths aus dem Danziger Kreise an, welches alle Beamten, zu deren er die Schulzen und inaktiven Beamten zählt, warnt, sich an oppositionellen Wahlen zu betheiligen; es werden als solche bezeichnet: die demokratische Partei in allen ihren Ausführungen und — die Partei v. Bethmann-Hollweg. (Schallendes Gelächter.) Meine Herren! Preußen ist groß geworden durch seine Könige, in ihren Reihen glänzen unseres Vaterlandes Sterne und unsere Partei wird diesen Glanz erhalten. Aber es ist ein Irrthum vorherrschend, daß hier nur ein Kampf gegen die Regierung vorgenommen werden solle, daß man die Regierungsgewalt mit der Person des Königs confundirt. Ich erkenne an, daß man dem Beamten nicht gestatten kann, sich an Wahlmanövern zu betheiligen; aber wie es das Reskript des Ministers des Innern will, den Beamten das Wahlrecht entziehen, das kann ich nicht gutheißen. Der Redner geht nun zu einer Klassifizirung der Beamten ein und beweist, wie schädlich dem Lande die Entziehung der Landräthe ihren Kreisen sei. Es folgt die Mittheilung einer Reihe von Reskripten resp. Erlässen von Vorgesetzten verschiedener Ressorts an Unterbeamte; so das Schreiben des Regierungspräsidenten zu Coblenz an den Oberpostdirektor u. s. w., woraus bewiesen wird, daß die von dem Minister des Innern vorgeschriebenen Grenzen vielfach überschritten worden.

Unter Anderen führt der Redner an, daß in dem Regierungs-Bezirk Posen ein Wahlort an die äußersten Grenzen verlegt war, so daß von einigen Orten 14—15 Stunden Weges zu dessen Erreichung nöthig waren. Als ein Wahlmann dem anwesenden Beirath sein Bedauern über die weite Entfernung aussprach, da habe dieser geantwortet, das könne der Regierung nur angenehm sein, denn er sei ermächtigt, jedem Wahlmann, der für die Regierung stimme, Reise- und Zehrkosten zu vergütigen. Auf die Frage, ob der Landrath dies Geld aus Communal-Mitteln nähme, habe er geantwortet: „O Gott bewahre, dazu haben wir einen besonderen Fond!" (Rechts ruft man, Namen nennen.) Herr **Matthis**: Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß ich keinen Namen nenne. Beschließen Sie die Untersuchung, so stehe ich mit dem Namen zu Diensten. — Auch an Drohungen habe es nicht gefehlt; so sei den Wahlmännern zu Trarbach, wo man längst eine Brücke wünscht, gesagt worden, wenn sie den Herrn v. **Bardeleben** wählten, so würde niemals in Trarbach eine Brücke gebaut werden. Die Wahlmänner hätten geantwortet: sie husteten auf die Brücke und würden thun was sie wollten. Auch auf die bekannten Vorgänge im ersten Berliner Wahlbezirk wird hingewiesen. Ich habe Ihnen, schließt der Redner, eine Reihe von Thatsachen angeführt zur Unterstützung des Schwerin'schen Antrages, der nicht auf ein Urtheil abzielt, sondern eine Untersuchung herbeiführen wollte. Meine Herren! Im Interesse des Landes, im Interesse des Ministeriums, im Interesse Ihrer selbst, nehmen Sie den Antrag an. Im ganzen Lande ist eine sittliche Entrüstung gegen die Wahlagitationen vorhanden, diese Entrüstung werden Sie durch Ihr Votum gegen den Antrag nicht beseitigen. Durch den Uebergang zur Tagesordnung zeigen Sie, daß Ihnen die Sache gleichgültig oder daß das Verfahren des Ministeriums Ihnen willkommen ist. Sie schlagen damit die öffentliche Meinung nicht, Sie sitzen nicht über die öffentliche Meinung, sondern diese über Sie zu Gericht. Nehmen Sie den Antrag nicht an, so brechen Sie über Sich selbst den Stab. (Bravo links.)

Es folgt hierauf die fast 1½ Stunde währende Rechtfertigung des Regierungs-Systems von Seiten des Reg.-Kommissar Geh. Reg.-Raths **Dr. Hahn**, welcher mit einem unverkennbar äußeren Geschick die der Regierung zur Last gelegten Vorwürfe abzuwenden sucht. Die Regierung sei mit vollster sittlicher Unbefangenheit an die Wahlen gegangen und könne mit dem reinsten Gewissen alle ihr gemachten Vorwürfe abweisen. Das Vorhandensein einer öffentlichen Meinung, welche weiter gehe, als ein Gefühl des Dankes und der Liebe für den König und die Regierung, welche den Frieden erhalten, wird in Abrede gestellt und das Verfahren, durch Landräthe und Cirkulare einzuwirken, gerechtfertigt. Es wird auch auf die konfessionelle Theilnahme, namentlich von Seiten der katholischen Partei Rücksicht genommen. Keine Regierung habe mehr Anrecht auf den Dank der Katholiken, und sie habe es mit großem Bedauern wahrgenommen, daß die katholische Partei in den Bund getreten sei mit der liberalen Fraktion, ja vielleicht mit der Demokratie. (Lärm links.) Die Regierung werde die Vergünstigungen, welche den Katholiken zu Theil geworden, ferner walten lassen, aber man möge sich nicht verwundern, wenn die Regierung, so lange eine katholische Partei im Lande ist, diese behandelt, wie jede Partei. In den Landestheilen also, wo die konfessionelle Parteinahme hervortrat, mußten die Landräthe um so strenger verfahren. Der Kampf sei hart und schwer gewesen, da die Regierung ungern gegen Autoritäten auftritt, welche von der Kirche abgeleitet werden. Die Regierung habe weder direkt noch indirekt den Einfluß der Polizei benutzen wollen, was geschehen ist, sei gegen ihre Absicht und zum Theil gegen ihre direkte Anweisung geschehen. Es seien nur wenige Fälle der polizeilichen Einwirkungen vorgekommen und diese seien gleich desavouirt worden. Die Regierung sei nicht verpflichtet, von ihren disciplinarischen Untersuchungen weder hier noch irgendwo Rechenschaft zu geben. Der Redner glaubt nicht, daß die polizeiliche Einwirkung der Regierung genutzt habe. Die Schlußbetrachtung gehört einer Rechtfertigung der Einwirkung durch Circulare. Es sei der Regierung nur erwünscht, durch die jetzige Diskussion die Grundsätze geltend zu machen, welche in Preußen walten. Regieren heiße nicht nur verwalten, sondern Auctorität haben. Es heiße aber die Auctorität der Regierung untergraben, wenn man von ihr verlange, ihren Beamten zu gestatten, gegen sie zu stimmen. Durch den Eid auf die Verfassung sei der Diensteid nicht aufgehoben. Im Allgemeinen sei anzunehmen, daß die Beamten von dem Inhalt des Circulars vorher durchdrungen gewesen, so daß eine drückende Gewissenslage durch das Cirkular bei den Beamten nicht vorgekommen sein könne. Die Regierung müsse an der Ueberzeugung festhalten, daß ihr Verfahren durchaus berechtigt war, und würde es nicht verantworten können, wenn sie ihre Ueberzeugung einer konstitutionellen Doktrin zum Opfer brächte. Regierung und König gehen in Preußen zusammen, so lange das Ministerium am Ruder ist, müsse es seine ganze Auctorität wahren. Bei uns gelte nicht der Spruch: „Le roi reigne, mais ne gouverne pas", sondern das Wort: „In Preußen muß der König regieren, darum will ich regieren." Ein Antrag, wie der vorliegende, müsse als eine der schärfsten und gefährlichsten Waffen gegen die Regierung betrachtet werden. Die Bedenken, welche heute gegen die Regierung vorgebracht worden, hätten in der Kommission schon angeführt werden müssen, dies ist indessen verweigert worden. Die Regierung ist nicht in der Lage, alle diese Fälle selbst zu beleuchten, aber selbst, wenn alle Fälle begründet wären, so ist die Frage, ob diese wenigen und sehr gelinden Ausschreitungen einen solchen Antrag rechtfertigen, der die größte Beunruhigung hervorzubringen angethan sei. Die Regierung weise daher die Diskussion zurück; es habe sich wesentlich um Ergründung des Systems der Regierung gehandelt, dies habe sie dargelegt, und dürfe hoffen, daß nicht nur das Haus, sondern das Land über den Antrag zur Tages-Ordnung übergehen werde.

Nach dieser Rede wird die Debatte gegen 5 Uhr auf Freitag Morgen 11 Uhr vertagt.

Die dänische Regierung hat jetzt ihre Vorlage über die **Sundzoll**-Angelegenheit zum Abschluß gebracht und dieselbe in einer Sitzung der betreffenden Bevollmächtigten am 29. v. Mts., der zweiten seit der Eröffnung der Konferenzen, eingebracht. Die Sitzung wurde unmittelbar nach Empfang des Aktenstückes geschlossen, ohne daß über dasselbe eine Erörterung stattgefunden hatte.

Die berühmte Schiffsbau-Firma, Scott Russell und Co. in London, hat ihre Zahlungen eingestellt (nun schon zum zweiten Mal.) Ihre Passiva sollen sich auf 180,000 Lstr. belaufen, doch dürfte bald ein Arrangement zu Stande kommen.

Nach der „B. B. Z." hat der von Rußland für die Pariser Konferenzen bestimmte Gesandte, Graf Orloff, St. Petersburg noch nicht verlassen.

— Gewiß hat selten eine Frau einen solchen Heldenmuth und eine solche Geistesgegenwart an den Tag gelegt, als die verehelichte Werkführer **Nauendorf** bei dem, gegen dieselbe von dem Klempnergesellen **Müller** am 4. d. Mts. versuchten **Raubmord**. Die Frau ist glücklicherweise so weit erhalten worden, daß sie im Stande gewesen ist, alle Details des betreffenden Vorfalls anzugeben. Der Mörder hielt sich in ihrer, drei Treppen hoch belegenen Wohnung etwa eine halbe Stunde unter dem Vorwande auf, daß er den Ehemann in Geschäftsangelegenheiten erwarten wolle. Anscheinend zufällig bat er um ein Messer, mit welchem er sich die Spitze seiner Cigarre abschneiden wollte. Die Frau holte das Messer selbst harmlos aus der Küche. Kaum hatte er dasselbe erhalten, als er die Frau mit einem heftigen Griff an die Kehle packte, sie über das Bett warf und mehrere Stiche nach ihr führte. Dann versuchte er sie mit Betten zu bedecken, unzweifelhaft in der Absicht, sie zu ersticken. Es gelang der Frau zwar, sich unter den Betten hervorzuwinden, aber sie fiel nun in dem Kampfe mit dem Mörder auf den Fußboden des Zimmers nieder, hier erhielt sie neue Stiche mit dem Messer, wobei dasselbe glücklicherweise zersprang, so daß der Mörder nicht mehr stechen, sondern nur noch mit dem in seiner Hand zurückgebliebenen Stumpf auf sie losschneiden konnte. Jetzt kam die Frau auf die glückliche Idee, sich todt zu stellen. Sie hielt den Athem an und schloß die Augen. Der Mörder beugte sich über sie, horchte sorgfältig an ihrem Munde, und nachdem er sich von dem eingetretenen Tode überzeugt zu haben glaubte, nahm er die Schlüssel der Frau und ging in das vordere Zimmer, um den Sekretair zu öffnen. Diesen Augenblick benutzte die entschlossene Frau, um aufzuspringen und durch die Küche auf den Flur zu eilen, wo sie mit den Fäusten gegen die Thür der benachbarten Wohnung schlug, und nachdem sie hier unglücklicherweise von Niemand gehört wurde, ihre Küchenthüre zuwarf, um den Räuber in ihre Wohnung einzusperren. Dieser hatte aber die Flucht der Frau bemerkt, ließ Alles in Stich und ergriff, nachdem er sich mit dem Küchenbeil bewaffnet hatte, um etwaige Verfolger abzuwehren, selbst die Flucht. Auf dem Flur wurde er dessen ungeachtet von der blutenden Frau angegriffen und gerieth mit derselben in einen neuen heftigen Kampf. Endlich gewann er die Treppe und stürzte sich hinab. Die Frau aber hatte ihn mit solcher Energie gepackt, daß sie sich zwei Treppen mit hinabschleppen ließ und erst auf dem untersten Treppenflur ohnmächtig niedersank. Hier wurde der Mörder durch zwei hinzugekommene Frauen aufgehalten, er schreckte dieselben aber zurück, indem er das Beil gegen sie schwang, und entkam glücklich mit Zurücklassung seiner Galoschen, welche er auf der Treppe verloren hatte. — Die Frau Nauendorf hat zwar einen bedeutenden Blutverlust gehabt, aber keine der ihr zugefügten Wunden scheint gefährlich. — Die gegen sie geführten Stiche hat sie größtentheils mit ihren fleischigen Armen aufgefangen, ein Stich ist ihr durch die rechte Backe in die Mundhöhle gedrungen, und ihre Kopfhaut und die rechte Backe ist an vielen Stellen mit dem abgebrochenen Messer zerhackt und zerschrammt, aber keine der erhaltenen Verletzungen, obwohl deren an zwanzig sind, hat edlere Theile getroffen. Namentlich ihre Finger sind vielfach zerschnitten. Die Frau ist etwa 25 Jahr alt, von angenehmem Aeußern und erst seit einigen Wochen Mutter. Der ganze Mordanfall geschah in Gegenwart des Kindes. Dem Mörder selbst ist das Messer in Folge der Heftigkeit der von demselben geführten Stiche rückwärts in die Hand gefahren und hat ihm an mehreren Fingern die Gelenke zerschnitten, so daß er Blut verloren hat, und nicht nur das betreffende Zimmer, sondern auch die Treppe in einer seltenen Weise mit Blut besudelt waren und der ganze Schauplatz des Kampfes einen erschreckenden Anblick darbot. Der Mörder, Klempnergeselle Müller, ist wegen eines ähnlichen Verbrechens schon in Königsberg i. P. in Untersuchung gewesen und mit einer mehrjährigen Strafe belegt worden. Hoffentlich wird dieses gefährliche Subjekt nun für immer unschädlich gemacht werden.

Tilsit. Unter den zahlreichen Konflikten, welche seit dem Bestehen freier religiöser Gemeinden in Beziehung auf Eidesleistung vorgekommen, ist ein zur Zeit hier bestehender ganz besonders bemerkenswerth: Der Spediteur J. von hier, welcher schon seit Jahren seinen Austritt aus der jüdischen Gemeinde vor Gericht erklärt und sich seitdem der hiesigen freien evangelischen Gemeinde angeschlossen hat, wurde vor einiger Zeit aufgefordert, in einer an sich nicht bedeutenden Sache einen Eid zu leisten; er weigerte sich jedoch, dies zu thun, weil von dem Gericht verlangt wurde, daß er nach jüdischem Ritus schwören solle — nach eben jenem Ritus, dem er durch seinen gesetzlichen Austritt aus der jüdischen Gemeinde gerade entgehen wollte. In dieser seiner Weigerung wurde er durch den jüdischen Geistlichen unterstützt, welcher seinerseits vor Gericht zu Protokoll erklärte, daß es ihm nach den Vorschriften seiner Religion durchaus unmöglich sei, einem Manne, der wie J. vom Judenthum abgefallen, bei der Eidesleistung in vorschriftsmäßiger Weise behülflich zu sein. Damit hielt man die Sache für abgemacht, um so mehr, als J. wiederholt erklärt hatte, daß er seine Versicherung an Eidesstatt abgeben wolle. Indessen ist von dem königl. Appellationsgericht zu Insterburg in diesen Tagen ein neuer Termin zur Eidesleistung anberaumt worden, und zwar mit der bestimmten Verwarnung, daß J. bei fortgesetzter Weigerung so lange mit Gefängniß bestraft werden solle, bis er sich zur Ablegung des Eides nach jüdischem Ritus werde verstanden haben. So steht die Sache augenblicklich. J. hat indessen, um sich vor dieser Zumuthung eines Unmöglichen zu wahren, noch einen Schritt gethan, er hat die Angelegenheit dem königl. Obertribunal in Berlin zur Entscheidung vorgelegt. — Uebrigens geht in diesen Tagen von Seiten der hiesigen freien evangelischen Gemeinde eine schon früher beschlossene Petition an das Haus der Abgeordneten ab, in welcher dasselbe aufgefordert wird, die in Bezug auf die Eidesleistung unzweifelhaft bestehende Lücke in der Gesetzgebung, wenn irgend möglich, noch in der diesjährigen Session auszufüllen. (K. H. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Februar, 7½ Uhr Abends. Auf Vorstellung des Ministers für Holstein ist an die holsteinische Stände-Versammlung ein Patent folgenden Inhalts erlassen worden:

„Nachdem die Stände-Versammlung eine Minister-Anklage beschlossen, muß es, da nach dem holsteinischen Verfassungsgesetze eine solche Anklage vor dem holsteinischen Ober-Appellationsgericht mit öffentlichem und mündlichem Verfahren stattzufinden hat, das Ober-Appellationsgericht aber noch keine Geschäftsordnung für ein solches Verfahren kennt, nothwendig erachtet werden, eine provisorische Norm dafür festzusetzen. Weil es aber unpassend erscheint, wenn das Ober-Appellationsgericht genöthigt wäre, bei dem jetzigen Ministerium auf desfallsige Instruktionen anzutragen, es im Uebrigen jedoch wünschenswerth ist, um die unverzügliche Ausführung der Anklage zu ermöglichen, finden Wir uns veranlaßt, nach Anhörung und Genehmigung den getreuen Ständen Holsteins zu befehlen:

Daß die Geschäftsordnung für das holsteinische Oberdikasterium bei öffentlichem Verfahren im fiskalischen Prozesse, als Norm für das Ober-Appellationsgericht beim erwähntem Anklage-Prozesse dienen soll."

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 1. Febr. Eine Petersburger Korrespondenz des „Nord" vom 29. Januar berichtet, daß der Hochzeitstag des Großfürsten **Nikolai** Nikolajewitsch mit der Prinzessin **Alexandra** von Oldenburg auf den 6. Februar festgesetzt ist.

Stettiner Nachrichten.

** **Stettin**, 8. Februar. Dem Vernehmen nach ist man jetzt den Urhebern des Diebstahls, welcher vor Wochen in der Wohnung des Kaufmanns Schröder ausgeführt wurde, auf die Spur gekommen, und soll sich der Verfasser oder Concipient des famosen Briefes, den wir s. Z. unsern Lesern zum Besten gaben, in Haft befinden.

** Gestern ist in der Oder die Leiche eines Arbeiters gefunden worden, dessen Aussehen sprechend dem eines Trunkenboldes gleicht.

Börsenberichte.

Stettin, 8. Februar. **Witterung**: Schönes, warmes Wetter. Temperatur + 8°. Wind W.

Am heutigen **Landmarkt** hatten wir eine Getreide-Zufuhr bestehend aus: 1 W. Weizen, 6 W. Roggen, — W. Gerste, — W. Erbsen, 2 W. Hafer. Bezahlt wurde für Weizen 76 — 88, Roggen 70—76, Gerste 50—54, Erbsen 76—80 Rt. pr 25 Scheffel, Hafer 36—40 pr 26 Scheffel. —

An der Börse:

Weizen unverändert, loco 84.90pfd. 90 Rt. bez., 83.90℔. 86 Rt. bez., pr Frühjahr 88.89pfd. gelber Durchschnitts-Qualität 101 Rt. bez., 84.90℔. gestern 90 Rt. bez.

Roggen bei ziemlich lebhaftem Geschäft weichend, loco eine Anmeldung pr 82 ℔. 69½ Rt. bez., 85.86℔. pr 82pfd. 70—69½ Rt. bez., 82℔. pr Febr.-März 70 Rt. bez., pr Frühjahr 72½, 72, 71½, 72 Rt. bez., pr Mai-Juni 72 Rt. bez. und Br., pr Juni-Juli 72 Rt. bez. und Br., 71½ Rt. Gd.

Gerste, loco 77℔. pr 75 ℔. 55 Rt. bez., 75℔. 54 Rt. bez., pr Frühjahr 74.75 ℔. gr. pomm. 52 Rt. nominell, 74..75℔. ohne Benennung 50 Rt. Gd., pr April-Mai gr. pomm. 52 Rt. bez.

Hafer, loco 30 Wispel von der Bahn ca. 55℔. 37½ Rt. bez., pr Frühj. 52pfd. pomm. 35½ Rt. Br. u Gd., 50.52pfd. ohne Benennung excl. poln. und preuß. 34½ Rt. Br. u. Gd.

Erbsen kleine Koch- 76 à 80 Rt. Br.

Leinöl loco mit Faß 15 Rt. Br.

Rappkuchen 2¼ Rt. Br.

Rüböl, schließt etwas fester, loco $14\frac{2}{3}$ Rt. bez., pr März-April $14\frac{2}{3}$ Rt. bez., pr April-Mai $14\frac{2}{3}$—¾ Rt. bez., pr Sept.-Okt. 13¾ Rt. bez.

Spiritus, unverändert, loco ohne Faß $12\frac{11}{16}$—¾ % bez., mit Faß franco Bahn $12\frac{9}{16}$ % bez., pr Februar und Febr.-März $12\frac{5}{8}$ % Br., pr März-April $12\frac{3}{8}$ % Br., pr Frühjahr $12\frac{3}{8}$ % bez., Br. u. Gd., pr Mai ohne Faß $12\frac{1}{8}$ % bez. u. Br., pr Mai-Juni 12¼ % bez., pr Juni ohne Faß 12 % bez. u. Br., pr Juni-Juli 12 % bez., pr Juli-August 11¾ % bez.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 8. Februar, Nachmittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 87¼ bez. Prämien-Anleihe 3½ % 113¼ bez. 4½ % Staatsanleihe von 1854 101 bez. Berlin-Stettiner 170½ bez. Stargard-Posener 95½ bez. Köln-Mindener 166 bez. Französisch-Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 154½ bez. Wien 2 M 95⅛ bez.

Roggen pr Februar-März 72¾, ¼ Rt. bez., pr Frühjahr 73¾, 73 Rt. bez., pr Mai-Juni 73½, ¼ Rt. bez.

Rüböl loco 15½ Rt. Br., pr Februar-März 15½ Rt. Br., ⅓ bez., pr April-Mai $15\frac{7}{12}$ Rt. bez.

Spiritus loco 28¾ Rt. bez., pr Febr.-März 29 Br., 28¾, Rt. bez., pr März-April 29¼ Rt. bez., pr April-Mai 30¼, 30 Rt. bez.

Stettin, den 8. Februar 1856.

		Gefordrt	Bezahlt.	Geld.
Berlin	kurz	—	—	—
Breslau	kurz	—	—	—
Hamburg	kurz	152	152	—
	2 Mt.	150⅝	—	—
Amsterdam	kurz	—	—	—
	2 Mt.	—	—	—
London	kurz	6 24½	—	—
	3 Mt.	—	—	—
Paris	3 Mt.	—	—	—
Bordeaux	3 Mt.	—	—	—
Augustd'or		—	—	—
Freiwillige Staats-Anleihe	4½ %	—	—	—
Neue Preuss. Anleihe 1850/52	4½ %	—	—	—
do. 1854	4½ %	—	101	—
Staats-Schuldscheine	3½ %	—	—	—
Staats-Prämien-Anleihe	3½ %	114	—	—
Pomm. Pfandbriefe		—	—	—
Rentenbriefe	4 %	—	—	—
Ritt. Pomm. Bank-Act. à 500 Thlr.		—		—
incl. Dividende v. 1. Jan. 1855		—	—	—
Berl.-Stett. Eisenb.-A. Litt. A. B.		—	—	—
do. Prioritäts-	4½ %	102	—	—
Stargard-Pos. Eisenb.-Actien	3½ %	—	—	—
do. Priorität-	4½ %	—	—	—
Stettiner Stadt-Obligationen	3½ %	—	—	95
do. do.	4½ %	101	100½	—
do. Strom-Vers.-Actien		190	—	—
Preuss. National-Vers.-Act.	4 %	124	123¼	—
Preuss. See-Assec.-Actien		670	—	—
Pomerania See- u. Fluss-Vers.		112	111½	—
Stettiner Börsenhaus-Oblig.		—	—	100
do. Schauspielhaus-Oblig.	5 %	—	—	—
do. Speicher-Actien		97	—	—
Vereins-Speicher-Actien		—	—	—
Pomm. Prov.-Zuck.-Sied.-Actien		—	—	—
Neue Stett. Zuck.-Sied.-Actien		1300	—	—
Walzmühlen-Actien		1600	—	—
Stett. D.-Schleppsch.-Ges.-Act.		1500	—	—
do. Dampfschiff-Vereins-Act.		375	—	—
Pomm. Chaussee-Bau-Oblig.	5 %	105	—	—
Stettiner Portland-Cement-Act.		140	—	—
Neue Dampfer-Comp. 1. Serie		—	105—3	—

2. Serie 107—105 bez.

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Co.

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	7	335,07‴	333,05‴	333,28‴
Thermometer nach Reaumur.	7	+ 1,1°	+ 5,8°	+ 4,6°

Verleger und verantwortlicher Redakteur H. Schoenert in Stettin. Druck von R. Graßmann in Stettin.